

## A N F R A G E

des Abgeordneten Hubert Ulrich (B90/Grüne)

betr.: Verfügbarkeit von Master-Studienplätzen im Saarland

Laut einer Prognose des Zentrums für Hochschulentwicklung (CHE) reichen die Master-Studienplätze, die von den deutschen Hochschulen bis zum Jahr 2016 geschaffen werden, nicht aus, um der stetig steigenden Nachfrage nach Studienplätzen zu genügen. So müssten in den drei Jahren bis zu 36.000 Bachelor-Absolventen bundesweit in die Warteschleife für einen Master-Studienplatz oder auf ein Masterstudium komplett verzichten. Diese Zahl gelte laut CHE unter der Annahme, dass 85% aller BachelorstudentInnen auch den Masterabschluss machen wollen. Demnach würden 265.000 StudentInnen einen Platz benötigen. Zukünftig ist ein Ausbau der Master-Studienplätze erforderlich: Bedingt durch die hohen Studienanfängerzahlen der vergangenen und kommenden Jahre sowie aufgrund des deutlich höheren Anteils an Studierenden, die ein Master-Studium aufnehmen wollen – und vom Arbeitsmarkt als Höchstqualifizierte gesucht werden – sind bis 2020 sogar eine halbe Million Master-Studienplätze zusätzlich erforderlich. Rechnet man die Kosten für den zusätzlichen Studienplatz-Ausbau zusammen, dann sind bis 2020 rund 24 Milliarden Euro mehr für das Hochschulsystem notwendig als bisher eingeplant sind; dies schließt den Hochschulpakt III für den Zeitraum 2016 bis 2020 ein.

Die Hochschulen auch im Saarland benötigen dringend zusätzliche Mittel, um in den Master-Bereich zu investieren und damit der steigenden Nachfrage zu entsprechen. In der Sitzung vom 8. Mai 2013 des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Technologie wurde diese Tendenz bestätigt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Wie viele Bachelor-StudentInnen, die ein Master-Studium beginnen wollten, wurden in den letzten Jahren an saarländischen Hochschulen abgelehnt (Bitte Aufschlüsselung nach Semester und Hochschule)?
2. Bei welchen Studiengängen kam dies vor und wo gab es somit einen tatsächlichen Mangel an Master-Studienplätzen im Saarland?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Nachfragesituation im Saarland nach Master-Studienplätzen zukünftig ein?
4. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Engpässe auszugleichen und für ein ausreichendes Studienplatzangebot zu sorgen?

5. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass die Master-Studienfinanzierung nicht im Hochschulpakt enthalten ist? Hat sich die saarländische Landesregierung für eine Nachbesserung bzw. eine Aufstockung des Hochschulpaktes eingesetzt und wenn ja, in welcher Form?